












Anschließend erfolgte eine Grobeinschätzung primär der gelben und orangenen Flächen im Hinblick auf Artenschutz und Lebensraumstrukturen. Insgesamt sollten 27 Standorte mit dem umgebenden Umfeld, also gegebenenfalls Bereiche, die als Vorranggebiet für die Sicherung ausgewiesen werden, diesen Prüfungen unterzogen werden.





In dem zweiten Schritt wurden diese 27 Flächen geprüft. Es ergab sich durch die Kenntnisse des Gutachters in jedem Fall eine ausreichende Datenlage für eine Einschätzung auf regionaler Ebene. Insofern wurde keine gelbe Bewertung mehr abgegeben (s. Tab. 2). In 8 Fällen ergab sich der A-Fall = grüne Bewertung, in denen das Konfliktpotenzial mit dem Artenschutz als gering erachtet wurde. In 18 Fällen ergab sich der B-Fall = orangene Bewertung. Dies bedeutet, dass relevante Artvorkommen bekannt bzw. zu erwarten sind, aber dass durch Vermeidungs-, Minimierungs- oder CEF-Maßnahmen zumindest eine Ausnahme möglich scheint. In einem Fall ergibt sich aufgrund weiter gehender Erkenntnisse der C-Fall = rote Bewertung, wobei hier damit gerechnet wird, dass aus Gründen des zwingenden öffentlichen Interesses und Gründen der Alternativlosigkeit des Vorhabens aufgrund der besonderen Rohstoffqualität im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens eine Ausnahme als möglich erachtet wird und somit eine Ausweisung gerechtfertigt erscheint (s.u.). Grundsätzlich wurde in allen kritischen Fällen eine Ausnahme für möglich erachtet. Ist eine Ausnahme nicht von vorneherein ausgeschlossen, ist die Festlegung der entsprechenden Vorranggebiete im Regionalplan zulässig. Die Bedingungen für eine ausnahmsweise Zulassung sind in § 45 Abs. 7 BNatSchG definiert. Seitens des Regionalverbandes wären hierbei gegebenenfalls insbesondere die zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr.5 BNatSchG) sowie das Fehlen zumutbarer Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG) darzulegen.

Drei geprüfte Standorte befinden sich seit dem Planungsausschuss vom 03.07.2017 nicht mehr im Verfahren und werden somit auch nicht weiter behandelt. An den übrigen Standorten wurde im Vorfeld auf eine vertiefte Prüfung von potenziell unkritischen Einzelvorhaben verzichtet. Dies wurde nach Einschätzung durch den RVBO mit dem Gutachter und den Unteren Naturschutzbehörden so abgestimmt.

Im Folgenden sind die Ergebnisse des Gutachters in Bezug auf die summarische Einschätzung des Konfliktpotenzials in Bezug auf den Artenschutz in einer Tabelle zusammengefasst:

| ID | Abbaustand-ort | Einschätzung Konfliktpotenzial Artenschutz summarisch: | |
|---------|--|--|---|
| 435-137 | Heiligenberg Unterrhena | Gering. Umsetzung ggf. erforderlicher funktionserhaltender Maßnahmen voraussichtlich in umgebenden Waldbereichen mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich. Keine Hinweise auf besonders hohe Anforderungen/Vorgaben zu bestimmten Schutzzonen, räumlicher oder zeitlicher Staffelung des Abbaus sowie zur Rekultivierung/Renaturierung. Dennoch wie im Fall der meisten Waldstandorte bei (hier allerdings unwahrscheinlichem) Vorkommen der Haselmaus möglicherweise Erfordernis einer artenschutzrechtlichen Ausnahme. |  |
| 435-182 | Kiesgrube Tettang Tannau (Prestenberg) | Gering. Umsetzung ggf. erforderlicher funktionserhaltender Maßnahmen voraussichtlich in umgebenden Waldbereichen mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich. Keine Hinweise auf besonders hohe Anforderungen/Vorgaben zu bestimmten Schutzzonen, räumlicher oder zeitlicher Staffelung des Abbaus sowie zur Rekultivierung/Renaturierung. Dennoch wie im Fall der meisten Waldstandorte (hier: Teilfläche) bei Vorkommen der Haselmaus möglicherweise Erfordernis einer artenschutzrechtlichen Ausnahme. |  |
| 435-185 | Kiesgrube Tettang-Tannau (Prestenberg-Vorderreute) | Gering bis sehr gering. Umsetzung ggf. erforderlicher funktionserhaltender Maßnahmen voraussichtlich in umgebenden Wald- oder Agrarbereichen mit geringem Aufwand möglich. Keine Hinweise auf besonders hohe Anforderungen/Vorgaben zu bestimmten Schutzzonen (soweit |  |

| | | | |
|---------|--|---|---|
| | | NSG Matzenhausener Mahlweiher nicht mittelbar, etwa über den Waserpfad berührt werden kann), räumlicher oder zeitlicher Staffelung des Abbaus sowie zur Rekultivierung/Renaturierung. | |
| 435-187 | Kiesgrube Tett- nang-Biggen- moos | Mittel bis hoch, aber keine Ausschlussgründe erkennbar bzw. nahe liegend. Umsetzung ggf. erforderlicher Minderungs-/Vermeidungs- oder funktionserhaltender Maßnahmen bedingen möglicherweise eine zeitlich-räumliche Strukturierung der Abbaufäche und umfangreichere plangebietsexterne Maßnahmen. Bei Vorkommen der Haselmaus (Potenzial hoch) ist möglicherweise eine artenschutzrechtliche Ausnahme erforderlich. |  |
| 436-130 | Kiesgrube Wa- genhart (Kernbereich Süd) Ostrach | Mittel, aber keine Ausschlussgründe erkennbar bzw. nahe liegend. Die Umsetzung ggf. erforderlicher Minderungs-/Vermeidungs- oder funktionserhaltender Maßnahmen bedingt möglicherweise eine zeitlich-räumliche Strukturierung der Abbaufäche und planexterne Maßnahmen. Bei Vorkommen der Haselmaus (eingeschränktes Potenzial) ist möglicherweise eine artenschutzrechtliche Ausnahme erforderlich. |  |
| 436-131 | Kiesgrube Wa- genhart (Außenbereich Süd) Hoßkirch | Mittel bis hoch, aber keine Ausschlussgründe erkennbar bzw. nahe liegend. Die Umsetzung ggf. erforderlicher Minderungs-/Vermeidungs- oder funktionserhaltender Maßnahmen bedingt möglicherweise eine zeitlich-räumliche Strukturierung der Abbaufäche, Abstandszonen und planexterne Maßnahmen. Bei Vorkommen der Haselmaus (Potenzial nur geringe Teilflächen betreffend) wäre möglicherweise eine artenschutzrechtliche Ausnahme erforderlich oder diese Flächen könnten ausgegrenzt werden. |  |
| 436-134 | Kiesgrube Klausstich Aitrach | Gering bis mittel (Feldlerche), aber keine Ausschlussgründe erkennbar. Möglicherweise ist die Umsetzung funktionserhaltender Maßnahmen für die Feldlerche in anderen noch vorhandenen und kulissenarmen (oder entsprechend zu entwickelnden) ackerbaulich genutzten Flächen des Raumes erforderlich. Die Hangkante mit potenziellen Vorkommen der Zauneidechse sowie u. a. anspruchsvoller Brutvogelarten soll erhalten und in ihren Funktionen für den Arten- und Biotopschutz optimiert werden. |  |
| 436-144 | Kiesgrube Bad Wurzach- Eintürnen | Gering. Umsetzung ggf. erforderlicher funktionserhaltender Maßnahmen voraussichtlich in umgebenden Wald- oder Agrarbereichen mit geringem Aufwand möglich. Keine Hinweise auf besonders hohe Anforderungen/Vorgaben zu bestimmten Schutzzonen, räumlicher oder zeitlicher Staffelung des Abbaus sowie zur Rekultivierung/Renaturierung. |  |
| 436-146 | Kiesgrube Wol- fegg-Greut (Waldbereich) | Mittel, keine Ausschlussgründe erkennbar bzw. nahe liegend. Umsetzung ggf. erforderlicher funktionserhaltender Maßnahmen voraussichtlich in umgebenden Waldbereichen mit mittlerem Aufwand möglich. Bei Vorkommen der Haselmaus (Potenzial gegeben) ist möglicherweise eine artenschutzrechtliche Ausnahme erforderlich. |  |
| 436-147 | Kiesgrube Wol- fegg-Greut (Of- fenland-Ost) | Gering bis mittel (Feldlerche). Umsetzung ggf. erforderlicher funktionserhaltender Maßnahmen voraussichtlich in umgebenden Wald- oder Agrarbereichen mit geringem bis mäßigem Aufwand (im Fall des Vorkommens der Feldlerche) möglich. Keine Hinweise auf besonders hohe Anforderungen/Vorgaben zu bestimmten Schutzzonen, räumlicher oder zeitlicher Staffelung des Abbaus sowie zur Rekultivierung/Renaturierung. |  |
| 436-149 | Humpißwald Baindt | Mittel bis hoch, aber keine Hinweise auf Ausschlussgründe vorliegend. Umsetzung ggf. erforderlicher funktionserhaltender Maßnahmen voraussichtlich in umgebenden Waldbereichen mit mittlerem Aufwand möglich. Über die Frage des Schutzes umgebenden Waldes sowie die Erschließung (s. o.) hinaus keine Hinweise auf besonders hohe Anforderungen/Vorgaben zu bestimmten Schutzzonen, räumlicher oder zeitlicher Staffelung des Abbaus sowie zur Rekultivierung/Renaturierung. Dennoch wie im Fall der meisten Waldstandorte bei (hier anzunehmendem) Vorkommen der Haselmaus möglicherweise Erfordernis einer artenschutzrechtlichen Ausnahme. |  |

| Fallgruppen | | Ergebnis der überschlägigen Prüfung | Folgerung für weiteres Vorgehen |
|---|--------|--|--|
|  | A-Fall | <ul style="list-style-type: none"> • Voraussichtlich keine relevanten Artenvorkommen bzw. keine erheblichen Betroffenheiten zu erwarten | <ul style="list-style-type: none"> • Keine vertiefte Prüfung notwendig |
|  | B-Fall | <ul style="list-style-type: none"> • Relevante Artenvorkommen bekannt bzw. zu erwarten • Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände ist wahrscheinlich, unter Umständen jedoch vermeidbar • Maßnahmen sind voraussichtlich möglich, für ggf. verbleibende Tatbestände erscheint zumindest eine Ausnahme durch Vermeidungs-, Minimierungs- oder CEF-Maßnahmen denkbar | <p>Entweder Planung aufgeben oder falls Planung weiterverfolgt werden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Intensivere Auseinandersetzung mit Thema (vorhandene Genehmigungen) • Ggf. zusätzliche Untersuchungen, vgl. § 2a Abs. 2 LplG (inkl. Anlage 1 LplG) und § 9 ROG • Ggf. auf Nutzungseinschränkungen/Auflagen im Regionalplan hinweisen |
|  | C-Fall | <ul style="list-style-type: none"> • Relevante Artenvorkommen bekannt bzw. zu erwarten • Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände voraussichtlich gegeben • Keine Vermeidung durch CEF-Maßnahmen möglich • Ausnahmsweise Zulassung erscheint nicht möglich | <ul style="list-style-type: none"> • Planung nicht realisierbar und damit mittelbar rechtlich unzulässig • Aus Gründen des zwingenden öffentlichen Interesses und der Alternativlosigkeit eines Vorhabens kann die Realisierbarkeit möglicherweise über eine Ausnahme geregelt werden |
|  | D-Fall | <ul style="list-style-type: none"> • Keine ausreichenden Kenntnisse zur Beurteilung relevanter Artenvorkommen | <p>Entweder Planung aufgeben oder falls Planung weiterverfolgt werden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation des Kenntnisdefizites in der Begründung zur regionalplanerischen Festlegung und Hinweis auf notwendige Untersuchungen auf Vorhabenebene oder • Intensivere Auseinandersetzung mit Thema • Ggf. zusätzliche Untersuchungen, vgl. § 2a Abs. 2 LplG (inkl. Anlage 1 LplG) und § 9 ROG, danach gegebenenfalls Einordnung in eine der Fallgruppen A bis C |

Tab. 2: Abschätzung der voraussichtlichen Betroffenheit planungsrelevanter Arten - Überblick über die denkbaren Fallkonstellationen (redaktionell überarbeitete Tabelle aus dem Ergebnisprotokoll einer Besprechung zwischen den Vertretern der Regionalverbände, der LUBW sowie des Umweltministeriums (BW) am 07.04.2011)